

## **Migrantenjugendliche zwischen Diskriminierung und Perspektivlosigkeit: Bildungschancen und berufliche Qualifikation von jungen Migranten/innen verbessern**

„Den jungen Menschen aus Einwanderer-Familien muss stärker bewusst werden, dass sie auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen haben, wenn sie gut ausgebildet sind. Aber: Unzureichende schulische und berufliche Qualifikation grenzt aus. 81 Prozent aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben inzwischen einen qualifizierenden Schulabschluss. Trotzdem sind sie überdurchschnittlich häufig arbeitslos. Wo das mit Vorurteilen oder gar Diskriminierung zu tun hat, da muss sich etwas ändern. Sonst fragen sich diese Jugendlichen, warum sie sich in der Schule oder in der Ausbildung anstrengen sollen, wenn es doch nichts bringt.“

heißt es in einer Rede des Bundespräsidenten Johannes Rau vom 29. November 2001 anlässlich einer Fachtagung zum Thema „Integration durch Qualifikation“ über die Lage junger Migranten/innen im schulischen und beruflichen Bildungsprozeß. Ob und in welchem Umfang in der Bundesrepublik Deutschland für junge Migranten/innen Chancengleichheit in Schule, Beruf und Leben erreicht ist, erweist sich in der Praxis. Und die Erfahrungen der letzten Jahre sind ernüchternd: Während nach den 80ern gewisse positive Entwicklungen zu bemerken waren, gab es in den letzten Jahren immer mehr Stillstand. Gerade in der Berufsausbildung sind große Rückschritte zu verzeichnen. Um sich dem Thema zu nähern, ist es wichtig, zunächst die Ausgangslage in den Blick zu nehmen.

Heute leben laut offiziellen Angaben in der Bundesrepublik fast 7,5 Millionen Migranten, davon über 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 20 Jahren. Einen wichtigen Teil der hier lebenden Migranten/innen bilden mit 2,1 Millionen Einwohnern Türken und Kurden. Migranten/innen weisen insgesamt eine günstigere Altersverteilung auf als Deutsche; denn junge Migranten/innen bilden fast ein Fünftel der nichtdeutschen Bevölkerung. Ihr Anteil hat sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wesentlich erhöht. [Vgl. Jeschek 1998, S. 1]

### **Schüler/innen ohne deutschen Paß an allgemeinbildenden Schulen und ihre Beteiligung**

Die meisten nichtdeutschen Schüler/innen an allgemeinbildenden Schulen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Unterschiede im Schulbesuch zwischen deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen werden insbesondere in der ungleichen Verteilung auf die verschiedenen Schularten und bei den Schulabschlüssen deutlich. [Vgl. Boos-Nünning u.a., 1990 S. 2] Nichtdeutsche Schüler sind nach wie vor an Hauptschulen und Sonderschulen überrepräsentiert, an Realschulen und Gymnasien unterrepräsentiert – wenngleich seit Mitte der 80er Jahre bis in die 90er Jahre hinein ein leichter Trend zur gymnasialen Ausbildung und zu höheren Schulabschlüssen festzustellen war.

Tabelle: Deutsche und ausländische Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Altersgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1996 (in 1.000 Personen) [Quelle: Wolfgang Jeschek 1997, S. 7-8]

| Im Alter von ... bis     | Alte Bundesländer |       |         | Neue Bundesländer |       |         |
|--------------------------|-------------------|-------|---------|-------------------|-------|---------|
|                          | Deut.             | Ausl. | insg.   | Deut.             | Ausl. | insg.   |
| 6-15 Jahre               | 5.306,7           | 739,0 | 6.045,7 | 1.725,1           | 13,3  | 1.738,4 |
| - allgemeinbild. Schulen | 5.305,7           | 739,0 | 6.044,7 | 1.724,7           | 13,3  | 1.738,0 |
| - berufliche. Schulen    | 1,0               |       | 1,0     | 0,4               |       | 0,4     |
| 15-20 Jahre              | 2.631,2           | 321,7 | 2.952,9 | 895,4             | 3,9   | 899,3   |
| - allgemeinbild. Schulen | 1.473,8           | 159,6 | 1.633,4 | 495,8             | 2,6   | 498,4   |
| - berufliche Schulen     | 1.157,4           | 162,1 | 1.319,5 | 399,6             | 1,3   | 400,9   |

Bei der Verteilung nach Schularten blieb bei den allgemeinbildenden Schulen 1996 das Bild der früheren Jahre im wesentlichen unverändert. Von den nichtdeutschen Schülern im Jahr 1996 besuchten:

- 41,4 % die Grundschule,
- 22,1 % die Hauptschule,
- 9,5 % das Gymnasium oder das Abendgymnasium,
- 8,4 % die Realschule,
- 5,0 % eine Sonderschulen für Lernbehinderte und für sonstige Behinderten,
- 6,6 % eine Gesamtschule oder freie Waldorfschule,
- 7 % sonstige Einrichtungen.

Diese prozentuale Verteilung belegt den eingangs geschilderten Unterschied beim Besuch allgemeinbildender Schulen durch deutsche und nichtdeutsche Schüler/innen. Besonders auffällig ist der Unterschied zwischen deutschen und nichtdeutschen Schülern bei Hauptschulen und Gymnasien: Während 1996 von hundert deutschen Schülern fast jede/r bzw. jede/r vierte das Gymnasium besuchte, war es bei nichtdeutschen Schülern lediglich jeder neunte. Umgekehrt waren Migrantenjugendliche deutlich häufiger als ihre deutschen Mitschüler auf die Hauptschulen verwiesen: Während nur jeder zehnte deutsche Schüler eine Hauptschule besuchte, war es bei Migrantenjugendlichen beinahe jede/r vierte.

Bei nichtdeutschen, insbesondere türkischsprachigen Jugendlichen muss diese Entwicklung nach wie vor im Lichte ihrer allgemeinen Bildungsbeteiligung gesehen werden. Türkischsprachige Jugendliche lagen im Schuljahr 1985/86 mit einem Anteil von 76,3 % an Grund- und Hauptschülern an der Spitze, gefolgt von Kindern/Jugendlichen an Gesamtschulen mit 7,3 %, an Sonderschulen und dem Gymnasium mit 3,9 % [vgl. Statistisches Bundesamt 1987].

Vergleicht man diese Zahlen mit denen der nichtdeutschen Schüler/innen im Ganzen, so zeigt sich eine besondere Überrepräsentation der türkischsprachigen Schüler/innen beim Sonderschulbesuch und eine Unterrepräsentation bei der Teilnahme an qualifizierten Bildungsgängen. In diesem Zusammenhang sollen zwei Entwicklungen hervorgehoben werden: Während im Schuljahr 1975/76 lediglich 2,6 % aller nichtdeutschen Schüler eine *Sonderschule* besuchten, waren es im Schuljahr 1985/86 bereits 7,1 %. Knapp 60 % der nichtdeutschen Sonderschüler dieses Schuljahres waren

türkische/kurdische Kinder. Insgesamt stieg der Nichtdeutschenanteil bei den Sonderschulen von knapp 6 % im Jahre 1979 auf 16,8 % im Jahre 1988 [vgl. KMK, 1990]. So wird deutlich erkennbar, dass nichtdeutsche Schüler/innen relativ häufiger als deutsche die Grund- und Hauptschulen sowie die Sonderschulen besuchen. An all diesen Schulen erhöhte sich der „Ausländeranteil“ bis heute [vgl. Jeschek 1998, S. 2]. Dieser Trend kann nicht mit dem insgesamt gestiegenen Anteil Nichtdeutscher erklärt werden. Vielmehr scheint hier folgende Auffassung zuzutreffen:

„Auszuschließen ist nicht, daß die schwierigen Bedingungen – z.B. die unzureichenden schulische Förderung der Zweisprachigkeit – zu Störungen führen, die als ‚Lernbehinderung‘ etikettiert werden. Denkbar ist auch, daß mit steigender Aufenthaltsdauer der Ausländer den Kindern zu leichtfertig eine ‚gute Sprachkompetenz‘ im Deutschen unterstellt, Schulversagen also fälschlicherweise mit einer Lernbehinderung erklärt wird. Vielleicht werden nun auch verstärkt auf irgend eine Art „auffällige“ Schüler in die Sonderschulen überwiesen, die früher – als es sie noch in größerer Zahl gab – in Vorbereitungsklassen blieben“ [Boos-Nünning/Henscheid 1987, S. 284]

Betrachtet man demgegenüber die Entwicklung der Quoten von türkischen/kurdischen Schülern/innen an den *Gymnasien*, so kann man nur von einer sehr geringen Steigerung in bestimmten Zeiträumen sprechen. Während 1975/76 1,4% von ihnen ein Gymnasium besuchten, sind es im Schuljahr 1985/86 3,9% [vgl. Statistisches Bundesamt, 1987] – trotz längerer Aufenthaltsdauer und einem an das Bildungsverhalten der Deutschen angeglichenen Aspirationsniveaus. Wenn heute festgestellt werden kann, daß die Anteile der nichtdeutschen Jugendlichen an den weiterführenden Schulen gestiegen sind, so hat diese Entwicklung auch eindeutig demographische Ursachen, da nämlich der relative Anteil nichtdeutscher Schüler an weiterführenden Schulen schon deshalb steigt, weil die deutsche Schülerzahl absolut sinkt.

„Sinkt nämlich die Zahl der deutschen Schüler einer Schulform und bleibt die Zahl der ausländischen Schüler gleich, so steigt der Anteil ausländischen Schüler, ohne daß sich deren Bildungschancen verbessert hätten. Ein großer Teil der ‚Erfolgsmeldungen‘ der letzten Jahren über einen steigenden Ausländeranteil an weiterführende Schulen basiert allein auf diesem Effekt“. [Boos-Nünning/Henscheid 1987, S. 283]

Die positive Entwicklung der Schulbesuchsquote von Schülern nichtdeutscher Herkunft bis Anfang der 90er Jahre – häufiger als am Anfang der 80er besuchten sie mittlere und weiterführende Schulen wie Realschule und Gymnasium, seltener die Hauptschule –, setzt sich seit 1992 jedoch nicht mehr fort. Es ist eher ein Stillstand beim Trend zur höheren Bildungsbeteiligung zu konstatieren.

Dies belegen auch die Zahlen: Bezieht man alle Schultypen der Sekundarstufe ein, stieg von 1992 bis 1996 außer dem Besuch der Gesamtschule lediglich der Anteil der Schüler nichtdeutscher Nationalität, insbesondere derjenige türkischen Staatsangehöriger, die eine Sonderschule besuchten. Der Anteil derjenigen, die an eine Realschule oder einem Gymnasium lernten, sank demgegenüber im betrachteten Zeitraum.

Dagegen konnten die deutschen Schüler im gleichen Zeitraum ihre hohe Schulbesuchsquote an Realschulen und insbesondere Gymnasien nicht nur halten, sondern sogar leicht ausbauen. Dies bedeutet, daß sich der Besuch weiterführender allgemeinbildender Schulen von Schülern nichtdeutscher Herkunft auch im Vergleich zur positiven Entwicklung des Besuchs weiterführender Schulen bei deutschen Jugendlichen nicht nur verschlechtert hat, sondern jetzt wieder der Unterschied in der Bildungsbeteiligung an weiterführenden Schulformen wächst.

Von den Schülern/innen mit nichtdeutschem Paß an *beruflichen Schulen* – in ihrer Mehrheit aus der Türkei bzw. dem ehemaligen Jugoslawien – besuchten 1996 63,8 % eine Berufsschule und 18,2 % eine Berufsfachschule. Festzustellen ist, daß 1996 in weiterführenden Zweigen des beruflichen Schulwesens, nämlich in Fachoberschulen, Fachgymnasien (7,9 %) und Fachschulen nur relativ

wenige Schüler mit nichtdeutschem Paß und fast doppelt so viele deutsche Schüler vertreten waren. Hingegen bereiten sich allerdings mit rund 9,6 % noch relativ viele Jugendliche nichtdeutscher, vor allem türkischer Herkunft, und damit ein deutlich größerer Anteil als bei den deutschen Jugendlichen, in Einrichtungen des Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahres auf eine berufliche Ausbildung vor.

Wenn man sich die Entwicklung von 1992 bis 1996 betrachtet, so fällt vor allem auf, daß der Anteil derjenigen nichtdeutschen Schüler, die eine Berufsschule besuchten, zurückgegangen ist. Der Anteil derjenigen, die eine Berufsfachschule besuchten, berufsvorbereitenden Maßnahmen in Anspruch nahmen oder eine Fachschule besuchten, war relativ gestiegen. Dagegen zeigt der Vergleich mit deutschen Schülern, daß sich bei dieser Gruppe bis auf den starken Anstieg des Anteils derjenigen, die eine Berufsschule besuchten, weniger Veränderungen abzeichneten als bei den nichtdeutschen Schülern.

## **Bildungsergebnisse nichtdeutscher Jugendlicher**

Auch in der Entwicklung der Schulabschlüsse werden die Unterschiede im Schulbesuch von deutschen und nichtdeutschen Schülern deutlich. Im Jahre 1996 sind 85.900 nichtdeutsche Schüler aus den allgemeinbildenden Schulen in der Bundesrepublik Deutschland entlassen worden. Die Art des Schulabschlusses am Ende der Vollzeitschulpflicht zeigt folgende Übersicht:

|   | Ausländer | Deutsche |
|---|-----------|----------|
| Hauptschulabschluß                        | 43,6 %    | 24,8 %   |
| Realabschluß und entsprechende Abschlüsse | 27,8 %    | 41,0 %   |
| Hochschulreife                            | 8,5 %     | 25,8 %   |
| Abschluß Sonderschule für Lernbehinderte  | 4,8 %     | 2,7 %    |

Während sich von Anfang der 80er Jahre bis Anfang der 90er Jahre die Schulabschlüsse von Schülern/innen nichtdeutscher Herkunft verbesserten, gingen Jugendliche mit nichtdeutschem Paß zu Beginn der 90er Jahre seltener als zehn Jahre zuvor von einer allgemeinbildenden Schule ohne Hauptschulabschluss ab: So erreichte noch 1983 jeder Dritte (34,5 %) keinen Hauptschulabschluss, 1992 waren es 17,2 % und 1996 nur noch 14,7 %. Trotzdem sind Jugendliche nichtdeutscher Herkunft damit immer noch weit vom Bildungserfolg deutscher Jugendlicher entfernt: Von den deutschen Schüler/innen verließen 1996 mit 4,5 % weniger als halb so häufig die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Betrachtet man die Entwicklung seit Anfang der 80er Jahre, fällt auf, dass sich die Anteile nichtdeutscher Schüler/innen an mittleren Abschlüssen und am Abitur zwar zunehmend erhöhten, dennoch erhielt auch weiterhin der Großteil der Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft einen Hauptschulabschluss.

Gerade türkische und kurdische Jugendliche weisen relativ schlechte Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung – keinen Schul- oder nur Hauptschulabschluß – auf, sind unterrepräsentiert in den Schulformen Gymnasium und Realschule, überrepräsentiert im Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundschuljahr, und haben niedrige Ausbildungsquoten. Im Vergleich zu den anderen Nationalitäten sind türkische Jugendliche häufig an Sonderschulen anzutreffen. Da die Ursachen für die schlechte Bildungssituation bzw. den geringeren Bildungserfolg türkischer Jugendlicher nicht in mangelnder Intelligenz zu suchen sind, liegt der Schluss nahe, daß Gründe mit dem unterschiedlichen Verhältnis der Eltern zum Thema Bildung, der unterschiedlichen Bedeutung, die

diese der Bildung beimessen, zusammenhängen, sicherlich auch mit dem geringen Informationsstand türkischer Eltern über das deutsche Bildungssystem. Zudem können türkische Eltern aufgrund eigener Bildungs- und Sprachdefizite ihren Kindern bei den Erledigungen von Hausaufgaben oft nicht helfen. [Vgl. Boos-Nünning, 1994] Ist man interessiert, den Bildungsgrad türkischer Schüler zu erhöhen, so muss demnach u.a. möglichst frühzeitig mit einer Informations- und Aufklärungsarbeit bei den Eltern begonnen werden.

## **Die Situation an den Hochschulen**

---

Die Lage der Studenten/innen ohne deutschen Pass sieht kaum besser aus. Zwar studieren rund 140.000 von ihnen an den Hochschulen in der Bundesrepublik, doch der Anteil an der Gesamtstudierendenzahl beträgt gerade 4 %. Vor allem Studenten/innen, die gerade wegen der Hochschulausbildung nach Deutschland gekommen sind, haben es wesentlich schwerer, hier angemessen zu studieren.

Ein zentrales Problem bilden Abschiebungen von Studenten/innen ohne deutschen Paß, die ihr Studium nicht in der festgelegten Zeit gemäß Fachsemesterbegrenzung absolvieren konnten. Bei Nichtverlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde oder durch die zuständige Botschaft wird ohne weiteres eine Abschiebung vollzogen. Studenten aus Nicht-EU-Ländern (wie z.B. aus Marokko und anderen afrikanischen Staaten oder der Türkei) haben nicht die Möglichkeit, nach Bedarf zu arbeiten. Ihr Recht, in studentischen Jobs tätig zu werden, ist nur auf die Semesterferienzeit sowie je nach Bundesland auf höchstens 20 Stunden pro Woche begrenzt. Fraglich ist, ob unter solchen Bedingungen von diesen Studenten erwartet werden kann, in der festgelegten Frist, nach den vorgeschriebenen Normen und der jeweiligen Semesterbeschränkung das Studium zu absolvieren. Zumal sich die zuständige Ausländerbehörde sowie die Botschaft immer wieder die studentischen Nachweise für den erfolgreichen Beleg von Fächern vorlegen lassen.

Das Zentrum für Türkeistudien hat für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft eine Studie erstellt, in der türkische Studenten über ihre Studiensituation in der Bundesrepublik befragt wurden. Es wird festgestellt, daß an den Hochschulen 14.500 Türken studieren und fast 80 % von ihnen ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben. Die Befragungsergebnisse weisen aus, daß sie zu Beginn des Studiums mehr Zeit benötigen, um sich über Leistungsforderungen, Studienverlauf oder Prüfungsvoraussetzungen zu informieren. Hinzukommt, daß mehr als ein Viertel der türkischen Studenten darüber klagt, im Hochschulalltag als „Ausländer“ betrachtet und anders behandelt zu werden als deutsche Studierende. Gerade türkische Studentinnen fühlen sich als Frau und „Ausländerin“ doppelt benachteiligt. [Vgl. Sen/Goldberg 1994, S. 58-60]

## **Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt**

---

Im Gegensatz zu den Migranten/innen der ersten Generation, die bei der Einreise in die Bundesrepublik bereits einen Arbeitsplatz hatten, findet die berufliche Eingliederung der zweiten Generation unter ungleich schwierigen Bedingungen statt. Zwar bedrohte die zunehmende Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik auch die Arbeitsplätze der ersten Generation, jedoch leidet die zweite Generation erheblich stärker unter der schwierigen Arbeitsmarktlage. Insgesamt liegt die Quote von nicht vermittelten Lehrstellensuchenden bei nichtdeutschen Jugendlichen höher als bei den gleichaltrigen Deutschen.

Die Anzahl der Jugendlichen in Ausbildung mit nichtdeutschem Paß ist von 1984 bis 1996 – überwiegend aus demographischen Gründen – von 49.175 auf 121.087 gestiegen. Betrachtet man

die Entwicklung 1993-96, so fällt auf, dass die Zahl der Auszubildenden mit nichtdeutschem Pass in den alten Bundesländern von 1996 gegenüber den Vorjahren um 10.036 abnahm, davon waren die meisten mit türkischer/kurdischer Staatsangehörigkeit (8.640) [vgl. Hermann 1996, S. 9].

Tatsache ist, dass die Hälfte der jungen Frauen und fast die Hälfte der jungen Männer, die heute 20 bis 30 Jahre alt sind, keinen beruflichen Ausbildungsabschluß erwerben. Sie sind entweder arbeitslos oder in den grauen Markt von Gelegenheitsarbeitern und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen ausgewichen bzw. arbeiten als Ungelernte. Nun ist auch eine abgeschlossene Berufsausbildung keine Garantie für einen Arbeitsplatz, aber gerade für Nichtdeutsche fast unabdingbare Voraussetzung. [Vgl. Boos-Nünning 1994, S. 33] Auch die Bundesregierung kam nicht zu einer wesentlich anderen Beurteilung:

„Trotz eines Mangels an Auszubildenden (alte Bundesländer) zählen Jugendliche mit ausländischem Paß auf dem Lehrstellenmarkt zu den benachteiligten Gruppen. Sie stellen lediglich 7,6 % der Auszubildenden, obwohl ihr Anteil an der für Ausbildung maßgeblichen Altersgruppe der 16- bis 19jährigen bei 15 % liegt. Während jeder 6. der Altersgruppe ein Ausländer war, ist es nur jeder 13. der Auszubildenden, und während 82,3 % der deutschen Jugendlichen eine duale Ausbildung anstreben, war dies lediglich bei 37,8 % der Jugendlichen mit ausländischem Paß der Fall.“

[Bundesregierung für die Belange der Ausländer, März 1994]

Die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt wird durch weitere statistische Angaben eindrucksvoll belegt. Insgesamt befanden sich 1996 116.036 junge Migranten in einer betrieblichen Ausbildung. Ihr Anteil (9,4 %) liegt immer noch weit unter dem der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, der rund 15 % beträgt. Entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung stellten Jugendliche mit türkischer/kurdischer Staatsangehörigkeit unter den Auszubildenden 1996 die größte Nationalitätengruppe (47.560; 40,8 %), wobei es insgesamt 73.000 männliche und 43.000 weibliche Auszubildende gab. [Vgl. Jeschek 1998, S.4]

Unterschiede gegenüber den deutschen Jugendlichen sind auch bei der Verteilung auf die jeweiligen Ausbildungsbereiche erkennbar. Nichtdeutsche Jugendliche wurden früher überwiegend im Handwerk ausgebildet, diese Situation hat sich jedoch ab 1992 geändert: In diesem Jahr (1992) war erstmals ihre Ausbildungsbeteiligung in Industrie und Handel (24.579) größer als im Handwerk (22.469). Ähnlich wie deutsche haben auch nichtdeutsche Jugendliche ihre Traumberufe: Die Mädchen – insbesondere türkische, deren Anteil unter den nichtdeutschen Auszubildenden 1994 rund 35 % betrug –, würden am ehesten eine Ausbildung als Frisösin (1996 – 23,9 %), als Arzthelferin (11,7 %) oder als Zahnarzthelferin (11,6%) abschließen. Die männlichen türkischen Migrantjugendlichen favorisieren eher zu Ausbildungsberufen als Kraftfahrzeugmechaniker (13,3 %), als Elektro- (11,3%) oder Gas-/Wasserinstallateur (15,1 %) bzw. als Maler und Lackierer (13,6 %).

Bendit verweist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß Migrantjugendliche überwiegend im gewerblich-technischen Bereich (71%) ausgebildet werden, während Deutsche immer mehr aus diesem Bereich auswandern [vgl. Bendit 1987a, S. 110]. Andere repräsentative Befragungen zeigen ebenfalls, dass sich insbesondere türkischsprachige Jugendliche bei ihrem Ausbildungswunsch häufiger an Fertigungsberufen und weniger an Dienstleistungsberufen als die anderen Nationalitäten orientieren.

Im Zusammenhang mit türkischsprachigen Jugendlichen führt Ursula Mehrländer diese Entwicklung auf einen komplexen gesellschaftlichen Ursache-Wirkungszusammenhang und eine damit verbundene Umschichtung in der Berufsstruktur zurück:

„Die Beschäftigungsstruktur der türkischen Jugendlichen im Befragungszeitraum 1980 ist dadurch gekennzeichnet, daß drei Viertel von ihnen als ungelernete und angelernte Arbeiter beschäftigt sind,

während weniger als ein Fünftel ihrer deutschen altershomogenen Gruppe dieser beruflichen Statusgruppe zuzuordnen ist. Diese damit bewiesene Unterscheidung der Berufsstruktur durch die türkischen Jugendlichen ist wiederum auf ihre Migration, auf die soziale Herkunft und auf die schulische Vorbildung zurückzuführen, wobei zwischen diesen drei Faktoren gegenseitige Beeinflussungen aufgezeigt werden können. Gemessen am Berufsstatus des Vaters in der Türkei, stammen die meisten türkischen Jugendlichen aus der Arbeiterschicht. Die Schulbildung des Vaters und sein beruflicher Status in der Türkei haben sich dahingehend ausgewirkt, daß die meisten türkischen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland die Hauptschule besuchen. Das hohe Einreisealter der Jugendlichen erschwert den Übergang von der Grundschule bzw. Hauptschule auf die Realschule. So geraten die türkischen Jugendlichen aufgrund der Zusammenhänge von sozialer Herkunft, Schulart und Schulabschluß in die Ausbildungskanäle, an deren Ende ihr Schichtstatus festgeschrieben wird“ [Mehrländer 1983, S. 168].

Sicherlich hat sich dieses Bild in den letzten Jahren verändert, aber die Grundproblematik ist geblieben. Bei den Veränderungen wäre insbesondere hervorzuheben, daß die grundlegende Abnahme des Rückkehrwunsches gerade unter jungen Migranten begleitet ist von einer – verglichen mit der ersten Migrantengeneration – deutlich stärkeren Anerkennung der Werte und Normen des Einwanderungslandes.

## **Ursachen für mangelnde Ausbildung und Arbeitsmarktchancen**

Fakt ist, dass neben Griechen, Italienern und Portugiesen insbesondere junge Türken/Kurden von der Arbeitslosigkeit in besonderem Maße betroffen und hinsichtlich ihrer Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt kaum gleichgestellt sind. Gerade unter jungen Migranten ist die Ausbildungsbeteiligung niedriger als bei deutschen Jugendlichen. Migrantenjugendliche haben nach dem Schulabgang deutlich schlechtere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden als gleichaltrige deutsche, der Übergang von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit ist für sie deutlich schwieriger als für deutsche Jugendliche. Besonders problematisch ist die Situation insbesondere für nichtdeutsche Mädchen und Frauen. Sie sind von der schwierigen Ausgangslage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt noch stärker betroffen. Die Ausbildungsquote der Mädchen nichtdeutscher Herkunft betrug 1990 30% gegenüber 40% bei den männlichen Jugendlichen nichtdeutscher Nationalität. [Vgl. Boos-Nünning 1994, S. 35]

Auf der anderen Seite belegen repräsentative Befragungen, daß sich türkische Jugendliche bei ihrem Ausbildungswunsch häufiger als nichtdeutsche Jugendliche anderer Nationalitäten an Fertigungsberufen und weniger an Dienstleistungsberufen orientieren. Bei der Ausbildungsplatzsuche brauchen sie angesichts der schlechteren schulischen Vorbildung länger und sind insgesamt gesehen darin auch weniger erfolgreich. Als Grund, sich gegen eine Berufsausbildung zu entscheiden, wird an erster Stelle der Zwang bzw. der Wunsch, gleich Geld verdienen zu müssen bzw. zu wollen, und zweiter Stelle die Rolle der Eltern genannt. [Vgl. Beer-Kern 1994, S. 5-12]

Die Ursachen für diese insgesamt ungünstige Ausbildungssituation nichtdeutscher Jugendlicher müssen unterschiedlich gewertet und gewichtet werden. Einerseits werden sprachliche und kognitive Defizite und mangelnde soziale Kompetenz als Hemmnisse für eine erfolgreiche Ausbildung reklamiert. Gerade die Tatsache, daß insbesondere Jugendliche mit türkischem Paß in ghettoähnlichen Wohnlagen aufwachsen und sehr stark mit den muttersprachlichen Medienangeboten konfrontiert sind, führt dazu, daß sie weniger Interesse für deutsche Sprache und ihre Möglichkeiten entwickeln.

Boos-Nünning geht von drei zentralen Ursachen für die Unterrepräsentanz von nichtdeutschen Jugendlichen auf dem bundesdeutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt aus:

- Fehlende schulische Entwicklung: Da der Anteil von nichtdeutschen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß größer ist, erhalten sie in geringerem Maße Zugang zu betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.
- Auswahlverhalten der Betriebe: Viele Arbeitgeber lehnen aufgrund ihrer Vorurteile gegen Migranten die Einstellung von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft ab.
- Unterschiedliches Berufsverhalten von ein Teil der Jugendlichen mit nichtdeutscher Herkunft. [Vgl. Boos Nünning 1994, S. 35-37]

Besonders im Auswahl- und Einstellungsverhalten der Betriebe haben sich Mechanismen entfaltet, die nichtdeutsche Ausbildungsbewerber gegenüber deutschen stark benachteiligen. Zudem profitieren laut Untersuchungen kaum Migrant\*innen vom internen Arbeitsmarkt der Betriebe, die sich häufiger gegen nichtdeutsche Auszubildende entscheiden, da sie Sprachprobleme sowie Schwierigkeiten aufgrund von mehr oder weniger latenten Vorurteilen bzw. der mehr oder weniger latenter Ausländerfeindlichkeit der Mitarbeiter oder Kunden befürchten. [Vgl. Schaub, 1991]

Des Weiteren bestehen immer noch Defizite auf Seiten vorhandener Versorgungs- und Beratungsangebote, die häufig den besonderen Belangen nichtdeutscher Jugendlicher noch nicht gerecht werden, da kein ausreichendes Wissen über die Spezifik des kulturellen Hintergrunds verschiedener Nationalitäten vorhanden ist. So sind bislang beispielsweise so gut wie keine nichtdeutsche Berufsberater bei der Arbeitsverwaltung tätig. Und aufgrund dieser Vernachlässigung „kann immer wieder beobachtet werden, daß Nichtdeutsche deutschen Beratungsangeboten auf allen Ebenen solange fern bleiben, wie kein nichtdeutscher Berater vor Ort tätig ist. Sobald aber ein Nichtdeutscher tätig wird, der nicht einmal die jeweilige Herkunftsnationalität besitzen muß, werden Beratungsangebote verstärkt angenommen.“ [Schmal 1993, S. 81]

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Jugendliche ohne deutschem Paß nach wie vor nicht gleichberechtigt an schulischer und beruflicher Bildung teilhaben können, und dies angesichts der Tatsache, daß sie zum größten Teil hier geboren oder aufgewachsen sind. Hinzu kommt, daß sich das soziale und politische Klima in Deutschland vor allem durch rassistische und diskriminierende Übergriffe sowie Stimmungsmache verschlechtert hat, was sich negativ auf die Lage der jungen Migranten auswirkt.

Die faktische „Ausländerstruktur“ rückt in das Zentrum ihres Bewußtseins und das Empfinden von Marginalisierung wächst. So belegen repräsentative Befragungen [vgl. Beer-Kern 1994], daß sich Jugendliche mit türkischem Paß in der Bundesrepublik Deutschland nicht so wohl fühlen wie Jugendliche der anderen Nationalitäten. Prof. Heitmeyer hat in seiner Studie „Verlockender Fundamentalismus“ festgestellt, daß die offizielle „Ausländerpolitik“ der Bundesregierung sowie die Unzufriedenheit in Schule/Beruf insbesondere unter jungen Türken/Kurden eine starke Desintegration zur Folge hat, die sich u.a. im Rückzug in die ethnische Gemeinschaft sowie in islamistisch-nationalistische Organisationen äußert. [Heitmeyer/Müller/ Schröder 1997, S. 102-128]

Zu einer Verstärkung der Rückzugstendenz der jungen Migranten von dieser Gesellschaft hat auch die Debatte um die Staatsangehörigkeit bzw. Doppelstaatsangehörigkeit geführt. Viele Mediendarstellungen wirkten negativ emotionalisierend und die Kampagne der Unionsparteien hat diese Fragestellungen politisch instrumentalisiert. Die rot-grüne Bundesregierung hat sich gerade bei diesem Thema sehr schwer getan, nach mehr als 40jähriger Migrationsgeschichte einen deutlichen Kurs in Richtung Gleichberechtigung einzuschlagen. Auch die Tatsache, dass das rassistische ‚Blutprinzip‘ nicht abgeschafft wurde, ist als Weichenstellung anzusehen.



Zwar hat die Bundesregierung nach vielfältigen öffentlichen Diskussionen und Debatten endlich die Realität anerkannt, daß Deutschland ein Zuwanderungsland ist und ein Zuwanderungsgesetz braucht. Doch dieses Zuwanderungsgesetz folgt in erster Linie ökonomischen oder Unternehmer-Interessen. Migration jedoch ist ein gesellschaftspolitischer Prozess, der eine soziale Seite hat. Auch junge Migranten sind ein wichtiger Teil dieses sozialen Prozesses.

Eine im Jahre 1993 durchgeführte Repräsentativbefragung machte deutlich, daß junge Migranten stärker auf „offene Ausländerfeindlichkeit“ und „versteckte Diskriminierung“ reagieren: Die Befunde zeigen, daß ein bestimmter Teil der Jugendlichen sich nicht mit dieser Gesellschaft identifizieren kann, die sie diskriminiert und ausgrenzt. [Vgl. Bendit 1994, S. 15] Unter diesen Jugendlichen gibt es die Tendenz, daß sie fast keine Zukunftsperspektiven hinsichtlich Schule und Beruf entwickeln. Sie leben hier und heute, ohne zu wissen, wie es eigentlich morgen weitergehen soll.

## **Notwendige Schritte und Zukunftsperspektiven**

Als Fazit lässt sich hervorheben, dass trotz leicht steigender Bildungsabschlüsse die in der Bundesrepublik aufwachsenden Migrantenjugendlichen in der Bildungsmobilität weit hinter der einheimischen Vergleichsgruppe zurückbleiben. Es bestehen migrationsspezifische Benachteiligungen in Schule und Berufsausbildung. Für die Zukunft kommt es im Hinblick auf ein friedliches Zusammenleben darauf an, im Bildungsbereich bedarfsgerechte Chancen zu eröffnen und Perspektiven zu bieten. Dies bedeutet, dass interkulturelle Angebote, Förderung von migrationsspezifischen Diensten sowie Migrantenselbsthilfeorganisationen und Partizipationsrechte für junge Migranten in Schule und Beruf zu einem Grundbestandteil gesellschaftlicher Praxis werden müssen.

Der Anteil der nichtdeutschen Jugendlichen an deutschen Bildungseinrichtungen wird sich in Zukunft so oder so erhöhen. Bildungspolitik und vor allem Bildungsplanung müssen dieser Tatsache Rechnung tragen. Nötig sind neue schulische Konzepte und eine Angebotspalette für Migrantenjugendliche, die über die rein sprachliche Förderung hinausgeht und das gesamte kulturelle und soziale Ensemble ihrer Lebensverhältnisse umfasst.

Die Bildungsinstitutionen dürfen nicht mehr wie bisher allein in nationalem Maßstab konzipiert werden. Ebenfalls dürfen ihre Lehr- und Lerninhalte sich auf längere Zeit nicht hauptsächlich z.B. an nationalen, westeuropäisch geprägten Vorstellungen von Weltanschauung, Kultur und Geschichte orientieren. Konzepte etwa des interkulturellen Lernens mögen theoretisch schon weit gediehen sein, in der täglichen Bildungspraxis sind sie noch immer viel zu selten zu finden. Das führt oft genug zu der paradoxen Situation, dass zwei- oder mehrsprachig aufgewachsene Kinder und Jugendliche, die auch noch in zwei oder mehr Kulturen sozialisiert werden, vor dem Hintergrund monokultureller Sprach- und Unterrichtskonzepte zu Trägern von Defiziten stigmatisiert werden.

Gerade um Migrantenjugendliche für eine Berufsbildung zu gewinnen, ist es wichtig, ihre Eltern anzusprechen. Konkret heißt das: Schule und Arbeitsamt müssen neue Wege beschreiten, um diese Eltern verstärkt in die Berufs- und Ausbildungsberatung einzubeziehen. Da vielen nichtdeutschen Eltern das deutsche System der dualen Berufsausbildung trotz langem Aufenthalts in Deutschland nur schwer verständlich ist und sie zu einem beträchtlichen Teil Scheu vor dem Gang in die Schule oder zum Arbeitsamt haben, sollte die Einbeziehung von nichtdeutschen Multiplikatoren z.B. über Migrantenorganisationen sowie Selbsthilfestrukturen verstärkt werden. Eine weitere Aufgabe wäre, zu überlegen, wie die Berufsvorbereitung stärker mit einer qualifizierten Berufsausbildung vernetzt werden kann. [Vgl. Collingro/Wirsich 1988]

„Letztlich bedarf die Förderung der Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher auch des Abbaus von Einstellungshemmnissen auf betrieblicher Seite. Neben der Informationen von Betrieben über Fähigkeiten und Motivation junger Ausländer müssten den Betrieben auch kompetente Beratungsstellen zu Verfügung stehen, an die sich die Verantwortlichen aus den Betrieben bei konkreten Fragen und Problemen wenden können.“ [Schmal 1993, S. 89]

Zwei Punkte dürfen allerdings nicht unerwähnt bleiben. Zu einem kann es nicht ausschließlich darum gehen, Migrantenjugendliche aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen für eine betriebliche Ausbildung zur Abdeckung des Facharbeiterbedarfs zu motivieren, während ihnen gleichzeitig der Zugang zu wichtigen und anspruchsvollen Berufen in Industrie und Verwaltung verwehrt bleibt. Andererseits können Modellprojekte einen Beitrag zur Verbesserung der Chancen von Migrantenjugendlichen in der Berufsausbildung leisten – hier sei auf die Beratungsstellen zur Qualifizierung nichtdeutscher Nachwuchskräfte (BQW) in Köln und Hamburg verwiesen. Sie haben gezeigt, daß die Ausbildungssituation von Migrantenjugendlichen durch gezielte Maßnahmen verbessert werden kann. [Vgl. Schmal 1993, S. 262] Ebenso erleichtern binationale Ausbildungsprojekte sowie die Förderung und Motivierung von Unternehmen mit Migrationshintergrund den Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft die Aufnahme einer Ausbildung im dualen System.

Kurzum: Obwohl der allergrößte Teil der nichtdeutschen Jugendlichen in diesem Lande geboren oder hier aufgewachsen ist oder seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland festgelegt hat, werden diese Jugendliche im Bildungswesen nicht gleichgestellt. Dabei hätte gerade hier die Aussage: „Gleiche Bildung für alle!“ einen hohen Stellenwert, symbolisiert sie doch die Gleichstellung aller hier lebenden Menschen, ohne eine Unterscheidung von Nationalität, Identität oder Volkszugehörigkeit. Es bleibt die grundlegende Aufgabe, die volle Gleichstellung und Gleichbehandlung von Jugendlichen ohne deutschen Pass anzustreben.

## **Literaturangaben**

Bendit, R.: Entscheidungen für berufliche Bildung als Strategie der Lebensbewältigung im Jugendalter, 1987

Bendit, R.: Junge Ausländer: Reaktionsmuster auf Diskriminierung und Ausgrenzung. In: Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA), Heft 28, Mai 1994

Beer-Kern, D.: Zur Lebens- und Berufssituation von türkischen Jugendlichen, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn/Berlin, 1994, S. 5-12.

Boos-Nünning/Henscheid: Ausländische Kinder im deutschen Schulsystem: Pädagogische Anstrengungen in den siebziger und achtziger Jahren, in: DJI (Hrsg.): Ausländerarbeit und Integrationsforschung, Bilanz und Perspektive, 1987.

Boos-Nünning, U.: Berufswahl türkischer Jugendlicher, Entwicklung einer Konzeption für die Berufsberatung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 121, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1989

Boos-Nünning/Henscheid/Sieber/Becker: Berufswahlsituation und Berufswahlprozesse griechischer, italienischer und portugiesischer Jugendlicher, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 140, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1990

Boos-Nünning, U.: Schul- und Berufssituation von Jugendlichen ausländischer Herkunft, insbesondere von Mädchen und Frauen. In: Chancengleichheit für ausländische Jugendliche, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1994

- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Jugendliche ausländischer Herkunft vor der Berufswahl. Handbuch für die Berufsberatung, Wiesbaden 1993
- Collingori, P./Wirlich, W.: Berufsausbildung von jungen Ausländern in der BRD, in: Otto-Benecue-Stiftung (Hrsg.), Berufsausbildung von Ausländern, 1988.
- Heitmeyer/Müller/Schröder: Verlockender Fundamentalismus - Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt a.M. 1997
- Hermann, H.: Ausländer in Schule und Beruf, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Schule und Wirtschaft (Hrsg.), Köln, 1996.
- Jeschek, W.: Integration junger Ausländer in das Bildungssystem kommt kaum noch voran. In: DIW-Wochenbericht 24/98, Berlin 1998
- Mehrländer, U.: Türkische Jugendliche - keine beruflichen Chancen in Deutschland, Bonn 1983
- Schaub, G.: Betriebliche Rekrutierungsstrategien und Selektionsmechanismen für Ausbildung und Beschäftigung junger Ausländer, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Bericht zur beruflichen Bildung, H. 135, Berlin/Bonn, 1991
- Schmal, A.: Problemgruppen oder Reserven für den Arbeitsmarkt?: Ältere Arbeitnehmer, ausländische Jugendliche, Berufsrückkehrerinnen und arbeitslose Akademiker, Frankfurt a.M., New York, 1993
- Sen, F./Goldberg, A.: Türken in Deutschland. Leben zwischen zwei Kulturen, München 1994
- KMK (Hrsg.): Zu den Daten Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik: Ausländische Kinder und Schulabsolventen 1985 bis 1994, Bonn, Dezember 1994
- KMK: In: Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.): Daten und Fakten zur Ausländersituation, März 1998